Vortrag zum Jubiläum des Neuen Forum am 5. September 2009 in Berlin

Nach zwanzig Jahren

Einige Fragen zur „großen“ internationalen und zur oppositionellen Politik in der DDR während der Wiedervereinigung

Alexander von Plato

Meine Damen und Herren,

20 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands möchte ich die Entwicklung der DDR-Opposition mit der „großen“ und besonders der internationalen Politik in Beziehung setzen. Bei der Beschäftigung mit so umfangreichen Themen drängten sich einige Fragen immer deutlicher in den Vordergrund – und vielleicht können Sie mir bei deren Beantwortung helfen.

Jens Reich sprach davon, dass man sich von den gegenwärtigen Jubelfeiern zum 20. Jahrestag des Mauerfalls nicht die gängige Interpretation aufdrängen lassen solle, derzufolge die „Großen der Politik“ die Vereinigung vollbracht hätten und nicht die oppositionelle Bewegung in der DDR. Zugleich sprach er davon, dass sich die Opposition das Heft hätte aus der Hand hätte nehmen lasse. Dem stimme ich (fast) zu und möchte mit meinen Fragen auch nicht die Bedeutung und die Leistung der Opposition gering schätzen. Ganz im Gegenteil, aber als Historiker frage ich mich, ob es nicht eine Entwicklung auch in dieser Frage gab, ob nicht doch ab einer bestimmten Zeit die Staatskanzleien und Außenministerien der internationalen Mächte Richtung und Ziel des Niedergangs der mittelosteuropäischen Diktaturen und auch der Politik hin zur Wiedervereinigung bestimmten, während zuvor dieselben Mächte von den oppositionellen Bewegungen geradezu getrieben worden waren.

Vielleicht passt zu dieser Frage die folgende Episode:

> *40 Jahre DDR. Im Vorfeld der Jubiläumsfeiern am 7. Oktober 1990 hatte es Verstimmungen zwischen der SED-Führung unter Honecker und der Regierung der Sowjetunion unter Gorbatschow gegeben. Aber es war klar: Ohne Gorbatschow konnte die SED-Führung ihr Jubiläum nicht feiern, und Michail Gorbatschows Fehlen auf einer solchen Feier wäre ein politischer Skandal gewesen. Nachdem die Delegation unter Gorbatschow in Schönefeld gelandet war und mit den berühmten schwarzen Limousinen in die Innenstadt gefahren wurde, begegneten ihnen fast nur Menschen, die „Gorbi, Gorbi“ riefen, und sie sahen nur Menschen, die pro-Gorbatschow-Schilder*

> *hochhielten. Ein einziger Mann hielt ein anderes Schild, ein einziger. Und auf dem Schild stand „Mach weiter so, Erich.“ Gorbatschow wandte sich an seine Genossen: „Irgend etwas müssen wir nicht mitbekommen haben.“*[1]

In der Tat: Offensichtlich hatten die Herren aus Moskau trotz ihrer geheimdienstlichen Apparate in der DDR und in der Sowjetunion die Entwicklung in den Haltungen der Bevölkerung und in der Opposition nicht in ihrer Bedeutung wahrgenommen. Gorbatschow selbst war zu einem Hoffnungsträger geworden, auf den man sich berufen konnte. Und: Auch in der DDR hatte es – nach Polen und der CSSR – neue Entwicklungen in der Loslösung von der SED gegeben.

Viele derjenigen, die sich daran beteiligten und die ich befragen konnte[2], hatten schon 1968 den sog. „Prager Frühling“ erlebt und hatten sich über den Einmarsch von Truppen der Warschauer Vertragsstaaten in die ČSSR empört. Sie waren auch 1989 dabei, wenn sie nicht inzwischen ausgewiesen oder freigekauft worden waren.

Einfluss der westlichen Protest- und Studentenbewegung?

Die meisten dieser heute Älteren, die ich lebensgeschichtlich befragte, betonen die antibürgerliche Seite ihrer Entwicklung. Für mich war besonders erstaunlich, wie sie die Frage nach ihrer politisch-literarischen Lektüre beantworteten: Es war nahezu dieselbe Literatur, wie sie auch im Westen Berlins oder in Westdeutschlands Studenten und junge Intellektuelle faszinierte: Es waren die Autoren der Frankfurter Schule von Max Horkheimer über Adorno bis hin zu Erich Fromm und Wilhelm Reich, es waren aber auch Marxisten wie Georg Lukács oder Ernst Bloch; selten wird auch Ralf Dahrendorf genannt.

Die Antibürgerlichkeit zeigt sich nicht nur im Äußeren, wie lange Haare, Bart, Jeans usw., sondern auch in den Auseinandersetzungen in der Schule: Es scheint ein „heimliches Bündnis“ zwischen konservativen Eltern und SED-Lehrern gegen die Aufmüpfigkeit ihrer langhaarigen und Rock hörenden Kinder gegeben zu haben.

Zu der Literatur, die in West wie Ost Einfluss gehabt zu haben scheint, war auch „Summerhill“ von Alexander S. O’Neill[3]; es ging eben auch um neue Erziehungsformen, um eine neue Partnerschaftlichkeit zwischen den Geschlechtern, um „ein anderes Leben“, um die Möglichkeit „anders zu leben“ – in der DDR ein Politikum.

Aber: Es scheint fast niemanden gegeben zu haben – zumindest nicht unter denen, die ich befragte –, die konservative Kritiker des Sozialismus lasen, wie „Der dialektische Materialismus“ des Jesuiten Gustav A. Wetter oder Veröffentlichungen des westdeutschen Publizisten Johannes Gross.

Einige Fragen schließen sich an: **Ist diese „linke“ damalige Haltung eine Frage der Generationen? War sie Ausdruck einer weltweiten Protestbewegung und von ihr beeinflusst? Änderte sie sich mit einer neuen Generation? Oder änderte sich dies auch innerhalb dieser älteren Generation? Und wenn ja, wie weit**?

---

[1] Vgl. zu dieser Episode wie zu anderen Hinweisen zur internationalen Politik Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel, Berlin 2002 (Ch. Links Verlag), hier S. 52 ff.

[2] Im Rahmen eines Projektes zu Dissidenz und Opposition in Osteuropa und in der DDR, Osteuropa-Institut der Universität Bremen, Leitung Wolfgang Eichwede. Ich bin für den lebensgeschichtlichen Teil zur DDR zuständig, Tomas Vilimek für die Tschechoslowakei.

[3] Alexander S. O’Neill: Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung. Das Beispiel Summerhill, Reinbek 1969.

Zurück zu Gorbatschow und seinem Besuch in der DDR:

Kurz vor der 40-Jahre-Jubelfeier hatte sich das Neue Forum gebildet. In seinem Gründungsaufruf vom 10. September 1989 wurde eine neue Richtung deutlich: Man wollte das Dach der Kirche und der kleinen Oppositionsgruppen verlassen, drängte in die Mitte der Gesellschaft – und dies mit einem Kampf um legale öffentliche Debatten. Hier lagen m.E. die großen Leistungen des Neuen Forum. Bereits nach wenigen Wochen hatten mehr als 100.000 Personen unterzeichnet, nach einigen Monaten – gegen Ende des Jahres 1989 –sollen es eine Million gewesen, wie Rolf Henrich, einer der Gründer, erklärt. Man habe nicht mehr zählen können, und er habe die Listen verbrannt, noch in Sorge um die Sicherheit der Unterzeichner. Bald nach dem Neuen Forum gründete sich eine ganze Reihe von Gruppierungen ebenfalls offiziell.

Diese neuen Entwicklungen waren Gorbatschow nicht vertraut. Und Honecker tat am 7. Oktober alles, um ihm deutlich zu machen, dass die DDR ein Hort der politischen und ökonomischen Sicherheit sei.

Aber auf der Abendveranstaltung des 7. Oktober 1989 mit einem Fackelzug der FDJ vor der Tribüne der Ehrengäste hörte man aus den FDJ-Kolonnen „Gorbi, Gorbi"- und „Perestroika"-Rufe. Mieczyslaw Rakowski, polnischer Partei- und Staatsführer, soll Gorbatschow sogar Rufe übersetzt haben, wie: „Gorbi, rette uns!"

Gorbatschow war, obwohl er – nach Honeckers eher feindseligen Auftritten – über die Tatsache hätte erfreut sein können, dass er zum Hoffnungsträger geworden war, tief beunruhigt. In seinen Memoiren stellte er zu diesen FDJ-Kolonnen fest: „Das ist doch das Aktiv der Partei. Das ist das Ende. (…) Es war fünf Minuten vor zwölf"".[4]

An diesen Reaktionen bemerkt man, wie stark die oppositionellen Strömungen, die sogar die Parteijugend ergriff, die Mächtigen im Osten erschreckten und wie sehr diese ahnten, was ihrer Herrschaft drohen könnte. Und dies, obwohl – vielleicht auch weil – es sich in der DDR nicht um eine Arbeiteropposition wie in Polen handelte. **Dies ist ebenfalls eine bisher in der Forschung nur unzureichend beantwortete Frage: Warum war die Arbeiteropposition in Polen so viel stärker als in der DDR oder in der ČSSR?**

Vermutlich hatten Gorbatschow besonders der Fackelzug der FDJ und deren Gorbi-Rufe in Sorge versetzt; denn von den Demonstrationen im Anschluss an diese Jubelfeiern in Berlin, in anderen Städten und in der Provinz und den Prügeleiern der Polizei und der Stasi erfuhr er erst später.

Eine weitere Frage schließt sich an: Wie bedeutsam war die innerparteiliche Opposition in der DDR? Welchen Einfluss hatte sie auf die Zersetzung der SED-Herrschaft?

Meiner Ansicht nach war sie bedeutsamer, als es in der bisherigen wissenschaftlichen Literatur erscheint. Der SED-Führung fehlte zunehmend die Kraft, die Bevölkerung und die Opposition niederzuhalten; „Kader der mittleren Ebene" blieben häufig auf sich allein gestellt; andere Strömungen innerhalb der SED übernahmen Führungsrollen, die sie zugleich ängstigten. Die SED und die Regierung Modrow wurden zu „Agenturen des Übergangs", immer wieder von der Opposition am zentralen Runden Tisch kritisiert und getrieben, besonders als es um die Mitarbeiter der Stasi ging.

---

[4] Michail S. Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 934 f.

Ca. drei Wochen nach dem Jubiläum – Honecker war abgewählt – machte der frisch gekürte Egon Krenz am 31. Oktober 1989 seinen Antrittsbesuch bei Gorbatschow. Er hatte einen fast schonungslosen Bericht über die ökonomische *und* die politische Situation der DDR im Gepäck. Gorbatschows Erschrecken wuchs, „als nach der Ablösung Honeckers ein reales Bild der Lage zum Vorschein kam“[5]; denn die Sowjetunion hatte extreme ökonomische Schwierigkeiten, und eine DDR in der Krise musste zu einem Mühlstein für die sowjetische Ökonomie und Politik werden.[6] Gorbatschow gab Krenz mit auf den Weg zurück nach Berlin: Er möge sich zusammen mit der SU mehr international engagieren, das wäre auch „hilfreich in euren politischen Beziehungen zur BRD“. Wenig später wurde das „Dreieck Sowjetunion, BRD und DDR“ zu einem Schlüssel der Gorbatschowschen Politik. Krenz war abgereist in dem Bewusstsein, dass von der Sowjetunion keine ökonomische Hilfe zu erwarten sei.

Am 3. November 1989, also kurz nach dem Besuch von Krenz, tagte das Politbüro des ZK der KPdSU. Gorbatschow erklärte dort: „Die DDR lebt zu einem Drittel über ihre Verhältnisse.“ Geheimdienstchef Krjutschkow kündigte an, dass am kommenden Tag, am 4. November 1989, eine Million Demonstranten in Berlin auf die Straße gehen würden. Und Schewardnadse bemerkte: „‚Die Mauer‘ sollten sie (die Deutschen) besser selbst beseitigen.“ Gorbatschow meinte hellsichtig: „Sie werden mitsamt Eingeweiden ausverkauft. (…) Und wenn sie auf den Weltmarkt treten, wird der Lebensstandard sofort sinken.“[7]

All dies zeigt, wie sehr sich die sowjetische Führung durch die Opposition unter Druck gesetzt sah. Und dennoch: Gorbatschow hielt sich in den nächsten Wochen, besonders um den Mauerfall herum, und in den nächsten Monaten an die Politik der militärischen Nichteinmischung. Und noch erstaunlicher: Auch seine Generalität im westlichen Außenposten hielt sich daran, obwohl unter ihnen einige waren, die nicht mit Gorbatschows Politik einverstanden waren. Diese militärische Nichteinmischung war natürlich eine der wesentlichen Voraussetzungen der Wiedervereinigung.

Was, wenn – nach Polen – die DDR fiel, und neben Mazowiecki nun auch ein DDR-Oppositioneller auf den politischen Ratstreffen der Warschauer Vertragsstaaten erschien Schon nach der Wahl Mazowieckis war es „gespenstisch“ gewesen, wie sich Modrow ausdrückte. Mazowieckis Anwesenheit hatte die Repräsentanten der anderen verunsichert, wenn nicht verstört.

Bush Senior – der eigentliche Stratege der Wiedervereinigung?

Zu einem anderen Protagonisten der internationalen Politik, zum us-amerikanischen Präsidenten George Bush. Im März 1989 war er noch relativ frisch im Amt und drängte mit seinem Sicherheitsstab auf eine neue Strategie in der NATO gegenüber der Sowjetunion: Die sowjetische Führung hatte mit ihrer Vision vom neuen „europäischen Haus“ Sympathien gewonnen, nicht nur in der DDR und in anderen Staaten Ostmitteleuropas, sondern auch in der BRD und Westeuropa. Auf dem NATO-Treffen zum 40. Jahrestag des Bündnisses Ende Mai 1989 erklärte er die neue Strategie und führte bei seinem anschließenden Besuch in Deutschland, in der

[5] In einem Brief vom 6. März 2001 an mich.

[6] Das Erschrecken Gorbatschows wird auch deutlich im deutschen Protokoll des Gesprächs zwischen Krenz und ihm: „Steht es wirklich so schlimm?“ oder „so prekär habe ich mir die Lage nicht vorgestellt“. Heißt es dort. (SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.039/319, Bl. 128-169, hier Bl. 142.).

[7] Zitiert nach den Mitschriften der Politbüro-Sitzung vom 3.11.1989 vom 3.11.1989, Bl. 589 ff.

Rheingoldhalle in Mainz, aus, dass 1949 die Hoffnung „auf ein ungeteiltes und freies Europa" ein ferner Traum gewesen sei. „Jetzt ist diese Hoffnung die neue Aufgabe der NATO." Die Teilung Europas müsse aufgehoben werden. Es könne kein europäisches Haus (á la Gorbatschow) geben, „wenn sich nicht alle seine Bewohner von Raum zu Raum frei bewegen können. … Wir streben die Selbstbestimmung für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas an … Berlin muss die nächste Station sein."

Eigentlich habe man noch deutlichere Worte finden wollen, so Bushs Sicherheitsberater, General Brent Scowcroft; aber man habe die Regierung Kohl nicht desavouieren wollen. In jedem Fall wollte man die Regierung unter Kohl zum „partner in leadership" machen, da Deutschland eine zentrale Rolle in der Aufhebung der Spaltung Europas zukommen werde. Das war eine Rolle, die bisher die britische Regierung einnahm. Und die NATO war der einzige „Anker in Europa" (Condoleezza Rice), in der die USA die dominante Rolle spielte, insofern sei die US-Regierung niemals auch nur auf die Idee gekommen, diesen Anker zugunsten anderer Organe, zum Beispiel der KSZE, aufzugeben.

Diese Politik hielt die Bush-Administration Regierung die ganzen nächsten anderthalb Jahre durch. George Bush fasste diese Politik in seinen „Vier Prinzipien" erneut zusammen, und zwar einen Tag nach der 10 Punkte Erklärung Helmut Kohls vor dem Bundestag am 28. November in den USA, nämlich am 29.11. in Washington, und eine Woche später, nämlich am 4. Dezember 1989, auf dem NATO Gipfel in Brüssel: Erstens Selbstbestimmung, zweitens Bekenntnis zur NATO, drittens „friedliche und schrittweise Wiedervereinigung", viertens Bestätigung „der bestehenden Grenzen in Europa."

Mit dieser klaren Strategie – so ist meine fragende These – übernahmen die USA- und die deutsche Bundesregierungen ab Ende November 1989 die Initiative und bestimmten weitgehend Richtung und Ziel der Wiedervereinigung

Mit dieser Strategie wurden nicht nur die anderen NATO-Staaten konfrontiert (besonders Margret Thatcher war dagegen), sondern auch die verschiedenen Oppositionsgruppen in der DDR. Sie waren nun herausgefordert, sich zur Wiedervereinigung zu verhalten – und taten sich auf unterschiedliche Weise schwer damit. Die meisten Gruppen hatten sich mit dieser Frage als Handlungsstrategie noch nicht auseinandergesetzt; das Neue Forum war sich nicht eins: Während zum Beispiel Joachim Gauck Ende des Jahres 1989 eine Resolution „durchbrachte", die die Wiedervereinigung als Ziel bestimmte, wandten sich andere mit Vehemenz dagegen, dem Beispiel von Bärbel Bohley folgend.

Ein Beispiel für die zunehmende Nachdenklichkeit in dieser Frage ist die Gemeinsame Erklärung des Demokratischen Aufbruchs, des Neuen Forums und der Sozialdemokratischen Partei der DDR vom 12. Dezember 1989:

> *Wer jetzt träumt: heute Wiedervereinigung, morgen Mercedes, übermorgen Mallorca – wird schnell erwachen. (...) Was wollen wir: ein demokratisches und blockfreies Deutschland im europäischen Haus, wo Grenzen nicht mehr trennen, sondern verbinden. Ein Deutschland mit ökologischer Wirtschaft und verantwortbarem Konsum. Ein Deutschland mit sozialer Gerechtigkeit und ausgeglichenem Lebensniveau im Westen und Osten und mit Verantwortung für die 2/3-Welt. (...) Die Umstellung einer Ökonomie dauert mindestens 5 bis 10 Jahre. Der Zeitplan ist wichtig.*

Und dann werden Stufen von der Vertragsgemeinschaft zu einer Konföderation unter bestimmten Bedingungen formuliert, unter anderem heißt es da: Wir müssen »auch wirtschaftlich akzeptierte gleichberechtigte Partner werden und Benachteiligungen« vermeiden.[8]

Als Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 vor der „Frauenkirche" und einem großen Publikum unter Anwesenheit eines Riesenaufgebots der internationalen Medien in Dresden sprach, waren einige aus der dortigen „Gruppe der 20" äußerst angetan, besonders wegen dessen deutlicher Zielsetzung der Wiedervereinigung, und nicht nur sie.

Noch am 19. Februar 1990, also einen Monat vor der Volkskammerwahl, sprach sich der Zentrale Runde Tisch gegen den Anschluss der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes aus und gegen eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO.

In den Befragungen erinnern sich Vertreter und Vertreterinnen verschiedener politischer Gruppierungen der DDR ihrer Hoffnungen, „auf gleicher Augenhöhe", von der Position einer demokratisch legitimierten DDR aus mit der BRD über die Wiedervereinigung verhandeln zu können.

Aber, hier lag die Crux: Konnte eine ökonomisch und politisch so schwache DDR zu einem „auch wirtschaftlich akzeptierten gleichberechtigten Partner" werden?

Außerdem: Hatte die „Blockfreiheit" irgendeine Chance angesichts der Ablehnung aller Verbündeten und Anrainer *beider* Teile Deutschlands? Denn Einbindung beider Deutschlands in Bündnisse hatte nach den Weltkriegserfahrungen immer auch die Seite der Kontrolle vor deutschen Alleingängen.

Fast alle westdeutschen Parteien bemühten sich seit Ende November 1989 und besonders in den wenigen Monaten vor der Wahl zur Volkskammer am 8. März 1990 um die oppositionellen Gruppierungen, zunehmend auch um jene Blockparteien, die ihnen zumindest dem Namen nach nahestanden, also die CDU West um die CDU Ost oder die FDP um die LDPD.[9] Die westdeutsche Sozialdemokratie hatte dagegen keine entsprechende Partei, sondern stützte sich zunächst nur auf die junge und kleine SDP, ihre Vertreter sollen aber erschreckt gewesen sein, als Rainer Eppelmann einen Repräsentanten der West-SPD noch vor der eigentlichen „Wende" die Wiederbelebung der SPD in der DDR, die nicht verboten gewesen sei, vorgeschlagen hatte. Die SPD-Führung in der BRD fürchtete um ihren Kurs des „Wandels durch Annäherung", so Eppelmann im Gespräch.

In vielen der von mir geführten lebensgeschichtlichen Interviews wird die Rolle der Sondierungsgespräche zwischen Parteivertretern der Bundesrepublik und den Blockparteien oder oppositionellen Gruppierungen deutlich. So zum Beispiel bei dem Besuch von Rita Süßmuth bei der Gründung des „Demokratischen Aufbruch" (DA) als Partei Mitte Dezember 1989, oder die Gespräche vor dem Übertritt des DA zur CDU-geführten „Allianz für Deutschland" im Februar 1990 (am 4. August 1990 folgte der Anschluss an die CDU-Ost); Hans-Dietrich Genschers Besuche bei der LDPD, mehrfach in Halle, oder noch deutlicher in den Gesprächen mit den Mitgliedern der

[8] Aus der »Leipziger Volkszeitung« vom 12.12.1989.

[9] Auch die NDPD schloss sich im August 1990 der FDP an, die Demokratische Bauernpartei der DDR ging im Juni 1990 zur CDU-Ost.

„Gruppe der 20“ in Dresden, als Vertreter der baden-württembergischen CDU, hervorgehoben wird Erwin Teufel, der spätere Ministerpräsident Baden-Württembergs (seit 1991), mit Herbert Wagner, dem späteren Dresdner CDU-Oberbürgermeister, dem späteren CDU-MdB Arnold Vaatz oder Frank Neubert. Sie schlossen sich Anfang Main der CDU-Ost an, stellten allerdings vorher Bedingungen.

Im Februar 1990 ging es natürlich bereits um mehr, nämlich um den gemeinsamen Antritt zur Volkskammerwahl zum 8. März 1990. Viele andere Beispiele ließen sich anführen.

Daher die Frage: Wird nicht allgemein in der historischen Betrachtung die Bedeutung der „Blockparteien“ im Prozess der Wiedervereinigung, vor und nach der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 unterschätzt, als wesentliche Stimmenbeschaffer für die Bedeutung von West-CDU und West FDP?

Zurück zur internationalen Ebene:
Mit der klaren Strategie der amerikanischen und der westdeutschen Regierungen konfrontiert, antwortete die sowjetische Führung mit wechselnden und jeweils kurzlebigen strategischen Vorstellungen: Zunächst betonte sie die Existenz der DDR als Friedensgarant in Europa (im Dezember 1989 und in der ersten Hälfte des Januar 1990), war dann für ein neutrales Deutschland, dann für die Mitgliedschaft beider Deutschlands in beiden Blockallianzen NATO und Warschauer Vertrag, trat anschließend – eher sondierend ab März 1990 – für eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa bei Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages ein. Ende Mai und Anfang Juni unterzeichnete Gorbatschow dann in Washington die Wiedervereinigung bei freier Wahl des Bündnisses, was nach der Wiedervereinigung hieß: unter dem Dach der NATO. Entsprechend wurde in den 2+4-Verhandlungen, die am 11. Februar 1990 inauguriert wurden, agiert.

Noch Ende Januar/Anfang Februar 1990 hatte der amerikanische Außenminister Baker Gorbatschow in Moskau die Garantie gegeben, dass sich die NATO nicht ausweiten werde, wenn ein vereintes Deutschland Mitglied der NATO wäre. Außerdem hatte er Gorbatschow dadurch von dieser Mitgliedschaft zu überzeugen versucht, in dem er Gorbatschow fragte, ob er wirklich ein Deutschland wolle, das nicht von der NATO kontrolliert würde. Gorbatschow hatte geantwortet, dass wir „im Großen und Ganzen diese Gedanken teilen“ und man sich dies alles überlegen werde. Von der Garantie der Nichtausdehnung der NATO war bald keine Rede mehr. Nach 1990 bis heute hat sich die NATO bis an die Grenze Russlands ausgedehnt, was einige Probleme im Verhältnis zur Russischen Föderation ausgelöst hat.

Nur zwei Differenzen in der internationalen Politik seien hier erwähnt: Die amerikanische Regierung begriff Kohls Hinhaltepolitik zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als mittlere „PR-Katastrophe“ (Condoleezza Rice). Und die französische Regierung unter Mitterrand sowie die Bundesregierung unter Kohl brachten die litauische Regierung dazu, am 29. Juni ihre Unabhängigkeitserklärung zeitweilig außer Kraft zu setzen, worauf Gorbatschow das Embargo gegen Litauen aufhob. Hier stellten sich also westeuropäische Regierungen gegen eine baltische, obwohl diese kaum andere Ziele verfolgte als die BRD in der DDR. Aber die baltischen Staaten waren eben damals Republiken der Sowjetunion, und die Gorbatschow-Regierung und ihre Militärs fühlen sich durch deren Unabhängigkeitspolitik stärker bedroht als durch die DDR-Entwicklung; denn nun

ging es um den verfassungsmäßigen Bestand der Sowjetunion. In meiner Durchsicht der Politbüro-Protokolle war die „baltische" oder die „litauische Frage" häufiger auf der Tagesordnung als die DDR. Kohl und Mitterrand fürchteten ihrerseits um Gorbatschows Position in der Sowjetunion und um die Entwicklung in der DDR, wenn die baltischen Länder „zu früh" ihre Unabhängigkeit durchsetzen würden.

Nach den 2+4-Verhandlungen und nach den innerdeutschen Verhandlungen um die Bedingungen der Einheit, folgte die offizielle Vereinigung am 3. Oktober 1990.

Misst man das Ergebnis – Wiedervereinigung Deutschlands in der NATO und Anschluss der DDR an die Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes – dann muss man feststellen, dass sich die amerikanische Strategie spätestens seit dem Mai 1989 und die gemeinsame amerikanisch-deutsche Strategie seit Ende November 1989 durchgesetzt hat. Sie hatte auch in den entsprechenden internationalen Verhandlungen agiert und die Richtung in Europa und in Deutschland bestimmt und schließlich innenpolitisch auch den Anschluss nach Artikel 23 durchgesetzt.[10]

Man kann nicht davon sprechen, dass sich in diesen Strategien die Opposition behauptet hätte. Aber sie hatte die DDR-Diktatur ins Wanken gebracht, den Mauerfall herbeigeführt, den Führungsanspruch der SED ad absurdum geführt, ein Mehrparteiensystem durchgesetzt, die Machenschaften der Stasi aufgedeckt – das sind nur einige der wesentlichen revolutionären Leistungen.

Dennoch: Hätte – und dies ist meine Schlussfrage – die Opposition, die auf einen längerfristigen Prozess der Vereinigung, nicht unter dem Dach der NATO und auf Augenhöhe mit der Bundesregierung setzte, das Heft in der Hand behalten können? Selbst wenn sie früher und geschlossener für die Wiedervereinigung unter bestimmten Bedingungen eingetreten wäre und ein weniger ambivalentes „Verhältnis zur Macht" gehabt hätte?

Ich glaube nicht: Die DDR-Ökonomie war zu schwach, die Opposition eben nicht geeint, es gab auch kaum internationale oppositionelle Aktivitäten in Mittelosteuropa, die Mehrheit der DDR-Bevölkerung drängte auf rasche Vereinigung, viele verließen die DDR, die internationale Politik der USA und der Bundesrepublik war zu mächtig, und auch Gorbatschow entwickelte zu spät eine Strategie der Wiedervereinigung unter dem Dach einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur – der Warschauer Pakt war bereits zusammengebrochen und kein Faustpfand mehr in den internationalen Verhandlungen, ebenso wenig wie die ökonomisch und politisch niedergehende DDR. Er unterzeichnete im Frühsommer in Washington die Wiedervereinigung unter den amerikanischen und den bundesrepublikanischen Bedingungen.

[10] Wolfgang Ullmann von „Demokratie jetzt" nutzte bereits im Gespräch des Kanzleramtsministers Seiters mit Oppositionellen der DDR am 13. Februar 1990 beide Begriffe: „Anschluss" und „Beitritt. Am schärfsten formulierte DDR-Minister Sebastian Pflugbeil seine Ablehnung der westdeutschen Politik in der DDR: Er habe den Auftrag seiner Organisation, sich hier gegen „die Teilnahme von Politikern aus Westdeutschland im Wahlkampf der DDR" auszusprechen. (Plato a.a.O., S. 297 ff.)